



# An den Bezirksvorstand des NDB, Breslau, an den Vorstand des Bundes, Breslau

An alle ihnen angeschlossenen Ortsausschüsse und Gewerkschaftsorganisationen Schlesiens

Breslau, 13. Juli 1925.

Als die Organisation der praktischen Solidarität und Hilfe für alle Opfer der Arbeiterbewegung, die sich insbesondere die Befreiung aller politischen Gefangenen zum Ziel gesetzt hat, wenden wir uns an Euch mit dem dringenden Ersuchen, uns in diesem Kampfe mit Hilfe Eurer Organisationen mit allen Euch geeigneten Erscheinenden Mitteln und allen Kräften zu unterstützen. Zwar hatten die Delegierten aller freien Gewerkschaften auf dem Schlesier Gewerkschaftstagen durch einstimmigen Beschluß ihren Willen bekundet, unter Anwendung aller Kampfmittel die Amnestie für alle eingekerkerten Klassenkämpfer zu erzwingen. Aber leider ist trotz dieses Beschlusses eine genügende Unterstützung der von uns seit Jahren geführten Kämpfe um die Amnestie seitens der verschiedenen Gewerkschaften bisher ausgeblieben, so daß wir von neuem genötigt sind, Euch an Eure Beschlüsse zu erinnern und an Eure Hilfe zu appellieren.

Es dürfte Euch bekannt sein, daß alle während der letzten Wahlen von den reaktionären Parteien abgegebenen Versprechungen auf Amnestierung der politischen Gefangenen bisher gebrochen wurden. Die von der Reichsregierung schon vor langer Zeit und vom Reichspräsidenten gelegentlich seiner Wahl in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe, die die Amnestie betreffen, sind noch immer nicht dem Reichstag zugegangen. In ihrer Stelle lassen die industriellen Schlobarone und die ostelbischen Krautjunker von ihren Agenten im Deutschen Reichstage die Falschurgen durchpeitschen.

Die Beratung der Amnestiefrage soll auf dem Herbst beschleunigt werden.

Nach den bisherigen Methoden der herrschenden Klasse Deutschlands aber kann mit aller Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß die Amnestierung der Tausende proletarischer Kämpfer überhaupt verhindert werden soll. Diese Abtötung der Revolution muß durch den sofort aufgenommenen und vereinten Kampf der gesamten deutschen Arbeiterklasse verhindert gemacht werden. Der Kampf um die Befreiung unserer inhaftierten Arbeitshelden und Schwelmer ist ein Teil des allgemeinen Befreiungskampfes und die Voraussetzung auch für den Erfolg der bevorstehenden, zum Teil schon ausgetragenen und unter größeren Umfang annehmenden gewerkschaftlichen Kämpfe. Hat doch die herrschende Klasse Deutschlands Hunderte und Tausende unserer unermüdeten kampfbereiten Kameraden hinter Schloß und Riegel gesetzt, zu dem besonderen Zweck, der Arbeiterklasse die Führer und den Bewusstseinsführer die Funktionäre zu rauben, um so ungehindert ihre Ausbeutungs- und Ausplünderungspläne durchzuführen, einer Schicht der deutschen Arbeiter nach der anderen die Löhne verschleudern, den Achtstundentag endgültig rauben zu können. Zielbewußt und systematisch hat das immer frecher werdende Unternehmertum, so wohl die Gesetzgebung wie die Justizmaschine restlos in seinen Diensten gestellt. Was durch seinen vereinten Kampf, durch die gewaltigen Demonstrationen der deutschen Arbeiterklasse nach dem Rathenau-Mord erzwungene Gesetz zum Schutz der Republik ist von den deutschen Machthabern umgewandelt worden zu einem Schutzwall für den Unternehmertum und zu einer nimmer ruhenden Guillotine für die Arbeiterklasse. Wir erinnern an die sich immer mehr häufenden Schreckensurteile des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gegen Proletarier, Urteile, wie sie in ihrer zynischen Brutalität alle Gewaltthaten der Justiz — selbst unter dem Sozialistengesetz — bei weitem übertrifft und an denen leider auch führende Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei teilhaben. Sagenen wurden unter dieser Justiz und mit Hilfe dieses Gesetzes die Mordbandiden der Sozialistorganisationen regelmäßig freigesprochen. Ungesühnt sind die Morde an Carl Liebknecht, Rosa Luxemburg und an den anderen namenlosen Hunderten und Tausenden unserer besten Klassenkämpfer, ungehört ist selbst der Mord an Rathenau. Die letzte Zeit ist voll von blutigen Beweisen über die Richtigkeit und Heuchelei von Recht und Gesetz. Der erste Versuch der deutschen Arbeiterklasse, sich gegen die furchtbaren Auswirkungen der Inflationsperiode im Sommer 1923 und gegen die Folgen der Ermächtigungsgesetze zur Wehr zu setzen, die erzwungenen Positionen und Forderungen der Arbeiterbewegung gegen die anstürmenden Banden der schändlichen Reaktion, gegen den Einmarsch der schwarzen und weißen Reichswehr in Ostpreußen und Thüringen zu verteidigen, wurde von der Bourgeoisie

mit einem Jagd von barbarischen Strafen

in bisher ungekanntem Ausmaß beantwortet, um die Arbeiterklasse von der Wiederholung solcher Kämpfe abzuwehren. Die der Inflation und der Stabilisierung folgende Zeit der Passivität und Interesslosigkeit großer Teile der deutschen Arbeiterklasse gegenüber den Gewerkschaften steht uns ein Beweis dafür zu sein, daß dieser Plan der Bourgeoisie neben der politischen Bewegung auch den Gewerkschaften die kampfbereiten und unerschrockenen Kämpfer zu nehmen, zu einem ziemlich bedeutenden, wenn auch vorübergehenden Erfolg geführt hat. Eine noch unvollständige Statistik unseres Zentralvorstandes über die Arbeit, die der Staatsgerichtshof, die Ausnahmegerichte und Landesgerichte, in nur sechs Monaten vom Oktober 1924 bis einschließlich April 1925, gefällt haben, zeigt das Wüten der Klassenjustiz gegen die deutsche Arbeiterklasse. In dieser Zeit fanden statt:

- 529 Prozesse mit 3609 Angeklagten,
- 244 Jahren 7 Monaten Gefängnis,
- 485 Jahren 7 Monaten Zuchthaus,
- 1015 Jahren 3 Monaten Gefängnis.

insgesamt 1744 Jahren Kerker verurteilt wurden, außerdem an Selbstmorden von 150000 bis 200000 Menschen.

Ebenso sind nicht berücksichtigt die ungeheuren Strafen bis zum Tode im sogenannten "Mord-Buch", wie die nach Tausenden zählenden Angeklagten mit über 10000 Jahren Kerker in den letzten Jahren, wie die außerdem noch nach Hunderten zählenden Gefangenen aus den Kämpfen von 1919, dem Kampfbuch und den mitternächtlichen Kämpfen.

Die barbarischen Strafen, die gewaltigen Anstalten an den politischen Gefangenen während des Staatsnotgesetzes übertrifft bei weitem die schrecklichen Methoden der mittelalterlichen Inquisition. Sie haben eine große Zahl unserer Klassenkämpfer körperlich und geistig zugrunde gerichtet und gewaltige Kräfte der Arbeiterbewegung vernichtet. Der Fall Hoefle ist ein schlagender Beweis für die allen menschlichen Gesetzen widersprechenden Methoden des Strafollkorns und für die tierische Behandlung der politischen Gefangenen, die sich ungenügend in den Dienst des Proletariats gestellt haben.

Diese Zustände in Deutschland, das sich ein "Vollstaats" nennt, haben selbst literarischen längerlichen Strafen Vorkämpfer zu Bräutchen gegeben. Gegen diese ungeheuerliche Zustände muß von jedem rechtlich denkenden Menschen der Kampf aufgenommen werden.

Wir halten es besonders für eine der vornehmsten moralischen und politischen Pflichten der Gewerkschaften und ihrer Führer, mit allen ihren Kräften bei der Befreiung der Hunderte und Tausende, die noch heute in den Kerker

der deutschen Republik schmachten, und von denen schwebende als müde und unerschrockene Werkzeuge der Arbeiterinteressen und der Gewerkschaftsorganisationen bewahrt haben, zu unterstützen.

## Die Generalamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen

muß der Schlachtruf der organisierten Arbeitermassen werden. Die unterzeichnete Organisation hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch die Mobilisierung der klassenbewußten Organisationen der Arbeiterklasse den Anstrebenden der Landesregierung zu vereiteln und die Generalamnestie zu erzwingen.

Der Kampf um die Amnestie ist von uns eingeleitet worden mit der Herausgabe von Listen zwecks Festlegung von Unterschriften. Wir wenden uns an alle Arbeiterorganisationen mit dem dringenden Ersuchen, unseren Kampf solidarisch zu unterstützen.

In der Anlage überlenden wir Euch eine Anzahl von Sammelstellen, in der Erwartung, daß Ihr diese an alle Euch angeschlossenen Organisationen mit den entsprechenden Anweisungen weiterleitet und für schnellste Rückmeldung an uns Sorge tragt. Wir sind gern bereit, mit Euch in einer gemeinsamen Besprechung weitere geeignete Mittel und Wege ausfindig zu machen, um unseren gemeinsamen Kampf den Erfolg zu sichern. Wir überlassen es Euch, Zeit und Ort zu dieser Besprechung zu bestimmen.

Wir gestalten uns diesen Brief an alle Zeitungen der SPD und KPD zur Veröffentlichung zu überlenden.

Mit proletarischem Gruß

## Note Hilfe

Bezirksvorstand Schlesien

Hermann Ammon, Breslau 6, Reuthenstraße 11

Postfachkonto: Breslau 15 429

## Vollamnestie!

Im Plenum des Reichsrates hat die Beratung der Amnestievorlage der Hindenburg-Regierung begonnen. Ende der Woche soll die Vorlage dem Reichstage zugehen.

Noch ist keine offizielle Mitteilung über diese Amnestie gemacht worden. Noch ist sie amtlich ein Geheimnis, in der Öffentlichkeit aber weiß man über das Kind aller Justizminister der Länder, des "Reiters" Hindenburg und seines Justizministers Tränklel Bescheid.

Trotz der Massenempörung der Arbeiter, die ihre Klassenkämpfer befreien wollen, denken die Väter der Amnestie auch heute noch nicht daran, ihren Gesetzentwurf abzuändern, wie es dem Massenwillen der klassenbewußten Arbeiterklasse entspricht. Sie pfeifen auf die Unterschriften, die bis jetzt für die Amnestie gesammelt wurden. Sie gelten ihnen so wenig, daß sie glauben, davon keine Notiz nehmen zu brauchen. Was kümmern sie die Tausende proletarisch-politischer Gefangener? Sie sind doch Klassengegner, Zuchthäuser, "Throlche", "Verbrecher".

Wird die Arbeiterklasse sich diese Amnestie gefallen lassen? Wenn nicht der letzte Funke Solidaritätsgefühl in den deutschen Arbeitern erlöschen sein soll, müssen sie alles tun und schnellstens alles tun, um diese Amnestie unmöglich zu machen, die fast keinem Arbeiter, aber allen Faschisten die Freiheit wiedergibt.

Wenn die deutschen Arbeiter ihre Klassenkämpfer nicht elend in den Zuchthäusern verrotten lassen wollen, müssen sie eine bessere, eine Vollamnestie, erzwingen.

Die nächsten Tage müssen ausgefüllt sein mit der Arbeit der klassenbewußten Arbeiter, die von Haus zu Haus, von Hof zu Hof, von Gruppe zu Gruppe gehen müssen, um

Millionen Unterschriften für die Vollamnestie

zu sammeln. Und es heute über eine halbe Million, in drei vier Tagen müssen es Millionen sein, die Vollamnestie fordern.

## Vom Tage

Der Reichsanwalt Luthar hatte für gestern Abend die 301-unterschiedler des Zentrums zu sich gebeten. Anschließend sollen noch heute Verhandlungen an Zollkompromiß vorgenommen werden, die natürlich nur in der Richtung weiterer Verschlechterungen liegen können.

Im Rahmen von 17000 organisierten Metallarbeitern hat die Ortsverwaltung des NDB Stuttgart an SPD, KPD und KPD die Forderungen des Kampfes für die Vollamnestie gerichtet.

Die Einigungsverhandlungen des Schlichtungsausschusses im Bauarbeiterstreik in Kassel und Umgebung sind gescheitert.

Nach einer 13stündigen Verhandlung ist im Lohnstreik in der sächsischen Textilindustrie, in dem der Streik von 50000 Arbeitern bedroht, eine "Einigung" erzielt worden.

In Offen, Bochum, Marag, Worms, Ludwigshafen und anderen Städten wurden in den letzten Tagen Demonstrationen wegen anti-militarischer Propaganda unter den französischen Besatzungstruppen verhaftet. Sie werden demnächst vor ein Kriegsgericht gestellt.

Der Nationalrat der französischen Volk- und Telegraphenbeamten hat eine Entschädigung angenommen, daß er zum Generalkreis freigegeben werde, wenn die Regierung nicht die Gehälter aufbessere. An dem Streit wurden 160000 Beamte teilnehmen.

Nach der amtlichen französischen Verlautbarung, die nach dem Muster des Weltkrieges natürlich sehr "zurückhaltend" ist, betragen die französischen Karolingererliste an Litzen und Bernstein 1500 und an Bernsteinen 2800.

Die französische Regierung hat die von unserer französischen Bänderpartei für den 2. August geplante große Antikriegs-Kundgebung verboten, was unter der Parole "Arbeiterklasse" hervorgehoben hat.

Auf dem Union Square in New York fand eine Arbeiterdemonstration mit der Parole "Hände weg von China" statt. Die Polizei verhaftete mehrere Demonstranten und beschlagnahmte die Plakate.

Aus Shanghai wird gemeldet, daß in einem Provinzialort zwei britische Kriegsschiffe angegriffen von chinesischen Truppen beschossen worden sein sollen.

Auf der Halbinsel Korea ertranken bei einer Heber-Flutwimmungskatastrophe 1000 Menschen, 300000 sind von Hungersnot befallen.

# Der Bezirk Schlesien der SPD, für die Beschlüsse des 10. Reichsparteitages

Resolution.

Die am Sonntag, den 19. Juli, in Striegau tagende Delegiertenkonferenz des Bezirks Schlesien hat von den Delegierten des Reichsparteitages den Bescheid vom Parteitag entgegengenommen und schließt sich der folgenden Resolution an, die der Parteitag zur weltwirtschaftlich-politischen Lage gegeben hat, vollständig an. Einleitend mit dem Reichsparteitag stellt die Parteikonferenz fest, daß die Beschlüsse, die der Parteitag in Striegau über den Parteitag zum Tage und zum Parteitag, abfolmt richtig waren, richtig auch die Beschlüsse, die die Parteikonferenz, daß die Stabilisierung des Reichswalles nur eine Scheinbabe ist und die Lage im Weltmarkt nur vorübergehend reaktionär bleibt.

Die Parteikonferenz billigt auch voll und ganz die Gesamtaufgaben, die der Parteitag für die Arbeit der Gesamtpartei auf allen Gebieten gestellt hat. Ebenso billigt sie die politische Linie, die der Parteitag zum Tage und zum Parteitag der Durchführung dieser großen Aufgaben beschlossen hat.

In den Zyklen zur Reorganisation stellt die Parteikonferenz des Bezirks Schlesien die geeignete Ordnung für die Durchführung der gestellten Aufgaben für die Arbeit unter den Massen, als auch den der Volkserziehung innerhalb der Partei.

Die Delegiertenkonferenz des Bezirks Schlesien erhebt in der Annahme der Reorganisationsbeschlüsse und besonders des neuen Statuts einen wichtigen Schritt vorwärts auf dem Weg der Volkserziehung der Partei.

Die Parteikonferenz erwartet von der Zentrale, daß sie alle Abwehungen von der politischen Linie und den Beschlüssen des Parteitages nach rechts und nach der Richtung der Ultralinken in der schärfsten Form bekämpft.

Indem die Delegiertenkonferenz noch einmal ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteitages erklärt, verpflichtet sie sich, alle Kräfte anzustrengen, um die Beschlüsse des Parteitages in die Tat umzusetzen und die vom Parteitag gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Striegau, den 19. Juli 1925.

(Nachschrift der Redaktion: Diese Resolution wurde mit allen Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen. Die beiden abwesenden Delegierten geben die Erklärung ab, daß sie sich leider der Stimme enthalten mußten, da sie infolge Vertretersprüfung nur die letzten Sätze des Parteitagberichts gehört hätten. Es besteht also in der schlesischen Partei vollste Einmütigkeit!)

## Oberschlesische Betriebe für Vollamnestie

(Eigener Drahtbericht.)

Ostschw., 20. Juli.

Der Betriebsrat der Castellengo-Grube (Belegschaftsstärke 2500 Mann) hat an den Reichstag und alle die Fraktionen der SPD und KPD folgende Resolution gesandt:

Die am 17. Juli 1925 tagende Belegschaftsversammlung der Castellengo-Grube nimmt mit starker Entrüstung Kenntnis von der vorbereiteten Amnestie, die nur den Angehörigen der monarchistischen Verbände Freiheit und Straferlass bringen soll, aber auf keinen Proletarier, der wegen seines Kampfes um seine elementarsten Lebensrechte in die Mägen der Justiz geraten ist, Anwendung finden soll.

Wir fordern vom Deutschen Reichstag, insbesondere von den Fraktionen der SPD und KPD, daß sie diesen Amnestieentwurf zurückziehen und für eine Vollamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen ihre ganzen Kräfte einsetzen.

Wir wenden uns gleichzeitig an den NDB mit der Forderung, daß seine Vertreter im Parlament wie auch alle ihm angeschlossenen Organisationen verpflichtet werden, ihre ganze Kraft auf eine "Vollamnestie" zu konzentrieren.

Ferner hat die Belegschaft der Firma Gegenstands-Ratibor (Stärke 400 Mann) eine Resolution für die Vollamnestie einstimmig angenommen.

## Die Deutsche Unterwerfungsnote

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 21. Juli.

Weniger ist in Paris die deutsche Antwort auf die Briand-Note überreicht worden. Ihrem wesentlichen Inhalt nach stimmt sie den französischen Forderungen zu, vor allem erklärt sie sich, von einigen allzu durchsichtigen Vorbehalten "abgesehen, zum Eintritt in den Völkerbund bereit. Im ganzen läßt die Note durchblicken, daß die deutsche Regierung mit sich reden lassen will. Dieser Note hat Hindenburg und die Deutschnationalen zugestimmt.

## Deutsch-russische Handelsvertragsverhandlungen

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 21. Juli.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion sind jetzt in ein entscheidendes Stadium getreten. Nach Mitteilung des Führers der russischen Delegation hängt jetzt alles von Deutschland ab, das in einigen Punkten grundlos große Schwierigkeiten bereitet, vor allen Dingen einen Vorstoß gegen das russische Außenhandelsmonopol plant und außerdem die Exterritorialität für die Berliner Handelsvertretung nicht zugestehen will.

Von deutscher Seite wird wahrscheinlich der deutsche Vorkämpfer in Moskau, der Graf Brodorski-Ranzau zum Vorsitzenden der Handelsdelegation ernannt werden.

Die deutschnationale "Schlesische Zeitung" nennt diese Ernennung Brodorski-Ranzaus "verhängnisvoll". Dieses Patriottentum befürchtet, daß Deutschland bei seinen Herren jenseits des Ozeans durch ein Gutgekommen gegenüber Rußland Anstoß erwecken würde. Diese deutschnationale Rückenmarkverwundung paßt ganz zu ihrer Einstellung in der Frage der deutschen Antwortnote.

## Die Ruhräumung

Bochum, 20. Juli.

Die französischen Truppen haben heute früh um 7 Uhr die Stadt verlassen. Der Abzug vollzog sich ohne jede Reibung. Damit ist auch die Bochumer Etappe zu der Wilten, Hattlingen, Bochum, Herne, Redlinghausen und Gelsenkirchen gehören, völlig geräumt.

Der Oberkommandierende des Duisburger Brückenkopfs hat dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf mitgeteilt, daß heute, am 20. Juli, um 12 Uhr nachts, die von den Belgischen Truppen seit dem 11. Januar 1923 besetzten Gebiete geräumt sein werden.

# Was der Rumpel sagt!

## Kommunisten, vor die Front!

Ein Waldenburger Genosse schreibt uns:  
Es gibt Momente wo auch der Matasse müde wird. Es treten manchmal Zeiten ein, wo der Aktive passiv wird. Es gibt Augenblicke, wo der Zielstarke plötzlich unsicher wird und an allem zweifelt. Aber, Genossen, diese Erscheinungen dürfen nicht dauernd sein.

Die Waldenburger Bergarbeiterschaft und die gesamte Arbeitererschaft ist passiv. Die Zeiten von 1918, 1919 und 1923 sind vorbei. Gleich einem alten hilflosen Proletengaul unter der Krone des Antreibers trotten die Proleten dahin, ohne sich Gedanken über die Gegenwart noch über die Zukunft zu machen. Geduldig lassen sie sich die Weisheitslehre gefallen. Keiner rebelliert. In verzweifelter Gleichgültigkeit geben die Proleten ihrem Schicksal entgegen. Nicht einmal der Infolge der Schulzölle und Steuern drohende langsame Hungertod raubt ihnen ihre Gleichgültigkeit. Die politischen Versammlungen fließen leer. Die Ausschüsse klumpstieren. Die Schraube der Ausbeutung wird härter angepannt. Die Ausgebauerten sind geduldig in ihrer verzweifeltsten Lage schuldlos.

Genossen, wir sind die Führer der Ausgebauerten. Wir tragen die Verantwortung für die Zukunft. Sind unsere Klassen-genossen passiv und gleichgültig, umso aktiver und zielklarer müssen wir sein.

Wenn die Proleten zu uns in die Versammlungen nicht kommen, müssen wir ihnen den Bedarf dort erschaffen lassen. Wo die Ausgebauerten zu finden sind, das ist im Betrieb. Wir dürfen keine Gelegenheit verstreichen lassen, mit unseren Arbeitssamen über die schwebenden Fragen zu sprechen. Im Vordergrund unseres Interesses steht die Einführung der Schulzölle, die Steuerfragen und der drohende Krieg der imperialistischen Räuberstaaten gegen Sowjetrußland, wobei Deutschland zum Aufmarschgebiet der Armeen werden soll.

Die Zölle und die Steuern werden sich auswirken. Das Proletariat wird gepöbeln durch den Hunger, ebenso rebellieren, wie es 1923 rebelliert hat. Wenn wir nicht verstehen, die Aufmerksamkeit der Ausgebauerten auf unsere Stimme zu lenken, wird die neue über Deutschland hereinbrechende Krise ebenso verpuffen, wie es 1923 der Fall war. Das Proletariat wird noch tiefer in's Elend stürzen. Die Ausbeuter werden, wie immer bisher, die Sieger bleiben.

Wenn wir, die Kommunisten im Betrieb, uns jetzt ebenso passiv einstellen, wie unsere Klassen-genossen, so verdienen wir den stolzen Namen „Kommunist“ nicht.

Deshalb gilt der Ruf: Kommunisten vor die Front! Die Führer des Proletariats haben an der Spitze des Proletariats zu marschieren. Die Führer des Proletariats haben un-müde zu arbeiten, ohne nach den dabei gebrachten Opfern zu fragen. Die Kommunisten haben auch dann ihre Klassen-genossen zum Kampf zu rufen, wenn diese müde und gleichgültig sind.

## Kommunisten vor die Front!

## Statt 10 — 11 Prozent Lohnabzug

Ein Waldenburger Rumpel schreibt uns:  
Neben all den Lasten, die in Form von Steuern und Schutzzöllen auf die Schultern der Arbeiterschaft gewälzt werden sollen, verdient die geplante Erhöhung des Lohnabzuges von zehn auf 11 Prozent ganz besondere Aufmerksamkeit.

Was ist Sache? Die Geschichte ist sehr einfach. Die Industriellen stellen die Forderung, daß der Staat jetzt bedeutend mehr Steuern in den Steuerämtern beschlagnahmen muß, als es vor dem Kriege der Fall war. Zur Entlastung der Steuerämter schlägt sie vor, sie werden die Lohnsteuer selbst einzuziehen und direkt an den Staat abzuführen. Zur Deckung der ihnen dabei entstehenden Unkosten bitten sie, ihnen ein Prozent zu schenken. Da der Staat notwendig Geld braucht und sich mit nur 9 Prozent nicht begnügen kann, wird der zweite Weg eingeschlagen: der Staat erhält 10, die Industriellen 1 und die Ausgebauerten haben 11 Prozent zu zahlen.

Eine sehr einfache Rechnung, nicht wahr?  
Auf diese Weise wird dem deutschen Proletariat das Fell über die Ohren gezogen. Der deutsche Proletarier ist geduldig.

## Ein Okabritannienwunder

Der Roman einer Illusion.  
Von Otto Müller Gösta.

38  
Kaja hatte begierig zugehört und sah ohne weiteres ein, daß sie so denken müsse, wie es Esche soeben verlangt hatte. Es fehlte ihr für sie nicht mehr die geringsten Zweifel, daß alles so war, wie er es dargelegt. Auf das, worauf es an-sprechend keine Antwort gab, weil sie sich schon wochenlang damit gequält hatte, war mit einem Male die einzig richtige Antwort gegeben. Sie kannte nunmehr darüber, daß er die Fähigkeit besaß, alles so schnell und zutreffend zu beurteilen. Wie klug mußte er also sein. Soweit sie sich zu erinnern wußte, hatte sie von ihren Eltern nie eine so bündige Antwort auf irgend-eine wichtige Frage bekommen. Wie war sie von ihren Eltern so in Erstaunen versetzt worden. Was mußte er doch für ein Mensch sein, wenn er das in seinem Alter schon zuwege brachte. Wie ein Held stand er nun neu vor ihr und in grenzenloser Hochachtung blickte sie zu ihm auf. Spontan schlugen die Empfindungen, die sie ihm gegenüber haben konnte, hoch und flammten als ein maßloses Begehren ihm entgegen.

Mit zärtlichen Worten brachte sie seine Bewunderung für ihn und seine Klugheit zum Ausdruck und gewann dadurch Esches Sympathien reich und reichlich zurück. Er nahm sie in seine Arme, küßte ihre eine Menge Schmeicheleien zu und entfaltete so ihr immer heißer werdendes Begehren. Grenzlos hatte sich in diesen Minuten das Vertrauen ausgedehnt, das sie ihm nunmehr entgegenbrachte, und als er ihr jetzt vor-kühn zurückzugehen, aber nicht mehr länger bei der Gesellschaft zu bleiben, sondern nach der Stadt zu fahren, um noch eine Stunde auf seiner Bude zu bleiben, willigte sie ein, nachdem er ihre Bedenken klug beschwichtigte hatte.

Esches Bude, die er außerhalb der Villa seiner Eltern in der inneren Stadt besaß, verblüffte Kaja durch Eleganz und Größe. Sie bestand aus zwei großen Räumen, Wohn- und Schlafzimmern. Beide Zimmer waren mit elektrischer Beleuchtung und allem Komfort versehen, den sich Kaja vorzustellen ver-mohte. Hier verfügte Esche über allerlei Vorräte. Er brachte

## Die Engländer streifen — und wir?

Von einem Waldenburger Rumpel erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Durch die Presse geht die Meldung, daß in England 20 000 Bergarbeiter bereits in den Streik getreten sind und daß am 1. August der Generalstreik erwartet wird. Die Ursache ist in der Wästel der englischen Bergbetriebe zu suchen, die die Löhne der Bergarbeiter zu radikalern.

Es ist interessant, bei dieser Gelegenheit die Löhne der englischen Bergarbeiter mit den Löhnen der Waldenburger zu vergleichen. Im Mai schrieb die „Bergarbeiter-Zeitung“ dazu folgendes:

Wie in Deutschland, war seit 1914 die Lebensweise der englischen Arbeiterklasse den verschiedensten Veränderungen unterworfen. In 1920—21 waren die Reallohn fast aller Arbeiter höher als in 1914, zum Teil viel höher. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise Ende 1921 fand auf der ganzen Linie ein Lohnsturz statt. Die meisten Abwehrräte zur Erhaltung einer hohen Lohnbasis waren erfolglos. Jedoch muß festgestellt werden, daß die Reallohn mit den allge-meinen Lebenshaltungskosten gleichen Schritt hielten und auch halten. Gemessen an der englischen Lohnbasis sind die deut-schen Lohnverhältnisse geradezu beschämend und mit ver-stärkter Wucht muß darauf hingearbeitet werden, hier Ver-änderung zu schaffen. Unter keinen Umständen dürfen es sich die deutschen Arbeiter lassen, daß sie die Lohndrücker der englischen Arbeiter sind. Nach den vom englischen Arbeit-schmittels nur 86 Prozent der Löhne von 1914 aus und gehen herunter bis auf 31 Prozent. Die Lohnbasis in England steht für die bestgestellten Arbeiter 128 Prozent über der Basis von 1914 und 66 Prozent für die untersten Kategorien. Am schlechtesten sind wohl die Löhne in der Metallindustrie, die ziemlich bedeutend hinter der Basis von 1914 zurückgeblieben. Der Prozentsatz ist 45 über der Basis von 1914. Der durch-schnittliche Wochenlohn für Schloffer und Dreher, der in 1914 auf 38,11 Schilling (38,80 Mark) stand, beträgt heute 56,6 Schilling. Bedeutend besser sind die Lohnverhältnisse in den meisten anderen Industrien. Die Lohnbasis bewegt sich zwischen 80 und 80 Prozent über der Basis von 1914. Die Preise für Lebensmittel sind seit geraumer Zeit um 80 Prozent höher als in 1914.

Wenn man die in diesen Zeiten angeführten Löhne mit der Preissteigerung der Lebensmittel vergleicht, kann man zu-sammenfassend sagen, daß die englischen Arbeiter im Durchschnitt jetzt denselben Reallohn erhalten, den sie 1914 hatten. Was die Arbeitszeit anbelangt, so überschreitet sie in keiner Industrie 48 Stunden in der Woche und beträgt in verschiedenen Berufen nur 40 Stunden. Im Kohlenbergbau wird 7 Stun-den gearbeitet.

Die englischen Bergarbeiter treten in den Streik, um das, was sie haben, zu verteidigen.

Die deutschen und ganz besonders die Waldenburger Berg-arbeiter haben die lange Arbeitszeit, die Hungerlöhne, sie werden nach Belieben auf die Straße geworfen — sie lassen sich aber alles hieren. Noch mehr, sollte der Generalstreik der englischen Bergarbeiter Sache werden, so werden die deutschen Berg-arbeiter wieder verlängert arbeiten und Ueberschichten machen, auf daß möglichst viel Streikbrecherkohle nach England trans-portiert werden kann.

Es genügt aber nicht, wenn wir uns schämen und dennoch passiv beiseite stehen hieben. Wir müssen aktiv in die nation-alen und internationalen Kämpfe der Arbeiterschaft eingreifen.

Kein Stück Streikbrecherkohle nach England!  
Her mit einer ausreichenden Lohnerhöhung!  
Her mit der Siebenstundenschicht unter Tage!  
Es lebe die Solidarität aller Ausgebauerten!

## Wie die SPD. gegen die Zölle kämpft

Von einem Waldenburger Genossen erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Wer die Dinge in Waldenburg nur oberflächlich betrachtet, kann zu der Annahme kommen, als sei die sozialdemokratische Partei wieder eine Arbeiterpartei geworden und kämpfe als solche für die Interessen der Ausgebauerten. Ganz besonders

Wein, Liköre, Zigaretten, Schokolade, Apfelsinen, Nüsse, Waffeln und Obst herbei, von dem sie sich je nach ihrem speziellen Appetit nehmen sollte. Als sie von verschiedenen Süßigkeiten genascht hatte, erhielt sie auch noch die Erlaubnis, in seinen Büchern herumzukramen. Es befanden sich darunter einige prachtvolle Kunstbücher mit farbigen Drucken. Von der Existenz solcher Bücher hätte sie nie etwas gewußt. Beim Ver-trachten dieser schönen Reproduktionen berühmter Gemälde, hauptsächlich Darstellungen schöner Frauenkörper, wurde Kaja oft gestört, weil Esche mit ihr zu schämen und sie zu lieblosen luste. Schließlich trug er sie ganz einfach zur Chaiselongue und sie balgten sich miteinander, bis sie sich erhitzt hatten. Einmal biß er sie in die Schulter, so daß Kaja laut aufschrie und vor Schmerz hätte weinen mögen. Dann aber küßte er sie wieder mit so viel Zärtlichkeit, daß er bald wieder die Verzeihung er-langte. Immer aber, wenn Kaja an das Nach-Hause-Gehen dachte, hielt er sie bittend zurück, und als sie nicht mehr folgen wollte, überrückte er sie mit dem Plan einer heimlichen Ver-löblich, den sie noch besprechen wollten. Sie beschloßen auf jeden Fall, von jetzt ab „Du“ zueinander zu sagen. Und als die Zeit soweit vorgerückt war, daß Kaja endgültig gehen wollte, machte ihr Esche mit süßen und lodenden Worten den Vor-schlag, bei ihm zu bleiben und zu Hause zu sagen, man habe die ganze Nacht in der Gesellschaft durchgebummelt. Kaja war sehr erregt und wehrte sich anfangs gegen diesen Gedanken, aber es gelang ihm, alle Bedenken zu beschwichtigen, so daß sie einwilligte, unter der Bedingung zu bleiben, daß er unter Ehrenwort verspreche, „ganz artig zu bleiben und nichts zu verlangen“. Er versprach es ihr auf sein Ehrenwort.

Als Esche junior um die Erlaubnis bat, ihr beim Aus-gehen behilflich sein zu dürfen, verweigerte ihm das Kaja standhaft und stellte sogar eine Bedingung, daß sie sich im Schlafzimmern allein auskleiden und ins Bett legen wolle und daß dann das Licht nicht wieder eingeschaltet werden dürfe, „weil sie sich so sehr schäme“. Auch darauf ging Esche ein, weil er genau wußte, daß vor Tisch immer ein wenig anders gesprochen wird als danach.

Zitternd vor Erregung entkleidete sich Kaja ganz allein, stieg ins Bett und bedeckte sich so weit zu, daß nur noch das Gesicht herausguckte. Sie schaltete das Licht aus. Dann durfte er zu ihr kommen.

kann man zu dieser Annahme kommen, wenn man das Ge-schrei hört, das die SPD. gegen die Zölle entsetzt.

Hier im Streik wurden auf einen Schlag 13 Protest-Kund-gebungen gegen die Zollvorlage der Regierung veranstaltet. Der Besuch war ein schlichter. In den Kundgebungen wurde eine Resolution angenommen, die neben vielen lauten und tabularen Worten auch die Mittel aufzählte, mit denen die SPD. gegen die Zölle „kämpfen“ will. In dieser Resolution heißt es wörtlich:

„Sollte das (die Annahme der Zollvorlage) bewirkt werden, dann verpflichten sich die Versammelten, überall wer-bend für die freien Gewerkschaften einzutreten, damit diese so gestärkt aus dem Kampf hervorgehen, daß es in ihrem Inter-esse möglichst ist, einen Ausgleich herbeizuführen.“

Ohne Zustimmung der SPD-Fraktion kann die Zollvor-lage im Reichstag nicht angenommen werden. Die Resolution rechnet aber bereits mit deren Annahme. Auf Deutsch heißt dieses: in der Tat ist die SPD. für „gerechte“ Zölle, im Wor-t schreit sie dagegen. Den Schluß des „Kampfes“ stellt die SPD. sich in Form der Parole vor: „Eintritt in die freien Gewerkschaften!“ Von einem Aufbruch der in der SPD. und in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter zu einem Prolet-generalkrieg spricht die SPD. nicht einmal.

Eins steht fest: Ein Kampf auf nur parlamentarischer Basis wird niemals mit einem Erfolg für die Arbeiterschaft enden. Deshalb ist der Kampf der SPD. gegen die Zölle und Steuern nur ein Scheinkampf. Wenn sie ernstlich bereit wäre, im Interesse der Arbeiter zu kämpfen, müßte sie den Vorschlag der Kommunisten annehmen und gemeinsam mit den ASD. und der KPD. die Massen zu einem Prolet-generalkrieg aufrufen.

## Die Zollmauer gegen Sowjet-Rußland

Ein Waldenburger Bergmann schreibt uns:

Es ist notwendig, allen klassenbewußten Proleten Deutsch-lands über folgende Tatsache die Augen zu öffnen. In der Zolltarif-Novelle sind Schutzzölle wie für die Agrar- so auch für die Industrieerzeugnisse vorgesehen. Diese Zölle sind keine ge-bundenen Zölle, d. h. sie können auf Grund von Handelsver-tragsverhandlungen mit einzelnen Staaten für diese Staaten ermäßigt werden. Nun sind aber für die Agrarzölle Mindest-sätze vorgeschrieben, die auch durch Handelsverträge nicht unter-schritten werden dürfen. Für die Industriezölle sind diese Mindestsätze nicht vorgesehen.

Was bedeutet diese Tatsache?

Rußland ist ein Agrarland. Durch die Einführung der Zollmindersätze soll die Einfuhr von russischem Getreide nach Deutschland verhindert werden. Ob Rußland bei der An-nahmehilfe, sein Getreide nach Deutschland einzuführen, die Bestellungen auf Maschinen und sonstige Industrieerzeugnisse in Deutschland machen wird, ist nicht nur zweifelhaft, sondern mit einem bestimmten Nein zu beantworten. Also ist das Ziel der Einführung der Zollmindersätze für Agrarprodukte die Unterbindung des Handels mit Sowjetrußland.

Der Handel und Wandel mit den imperialistischen Industrie-staaten (Frankreich) wird aber nicht unterbunden, weil auf die Industrieerzeugnisse keine Zollmindersätze vorgesehen sind und so für die aus- und inländischen Industriefabriken immer die Mög-lichkeit besteht, auf dem Wege von Handelsverträgen sich über die Verteilung der Gewinne zu einigen.

So sehen wir, daß auch die Zolltarifnovelle ein Glied in der Kette ist, die von den imperialistischen Staaten gegen Sowjetrußland geschmetzelt wird. In dem kom-menden Krieg wird Deutschland als Aufmarschgebiet gebraucht werden. Die deutschen Kapitalisten sind bereit, diesem Wunsch der ausländischen Imperialisten entgegenzukommen, natürlich gegen entsprechende Vergütung.

Es gilt, dieses klar zu sehen. Es gilt, der Arbeiterschaft die Augen über die drohenden Gefahren zu öffnen. Es gilt, kleinbürgerlichen, vaterlandstreuen Elementen zu sagen, daß die Politik, die gegenwärtig von Deutschland getrieben wird, alles andere ist, nur keine nationale Befreiung Deutschlands von dem Elend des Auslandes. Im Gegenteil, was jetzt getrieben wird, ist ein schamloser Verkauf der deutschen Bevölkerung und des deutschen Landes an die ausländischen Imperialisten. Die Ursache, die die deutschen Kapitalisten dazu bewegt, ist lediglich ihre Profitgier.

Wenn Deutschland wirtschaftlich in die Höhe kommen will, so muß es sich nicht nach Westen orientieren, sondern nach Osten. Ein wirtschaftliches Bündnis mit Sowjetrußland würde beiden Ländern unendliche Vorteile bringen.

Daß sie erit nirgends gegen fünf Uhr nach Hause kam, brachte ihr keine ernstlichen Beschwerden. Ihre Mutter ließ sich bald davon überzeugen, daß man von einer so lustigen Studentengesellschaft nicht früher weglaufen konnte, wenn man Herrn Esche junior nicht „direkt beleidigen“ wollte. Und da Frau Berger annahm, daß ihre Tochter die ganze Nacht über mit dieser Gesellschaft beisammen gewesen sei, war ihrer Meinung nach alles in bester Ordnung. Zuletzt hatte sie auch ein großes Vertrauen zu dem Verehrer ihrer Tochter, denn wo es so reich und gebildet, Mensch dabei war, da konnte auch „jedes an-ständige Mädchen“ die Nacht über bleiben, ohne daß ihr guter Ruf irgendwie geschädigt werden konnte. So fiel es auch später-hin nicht schwer, gelegentlich die Nacht über wegzubleiben, gab es doch immer die Möglichkeit, irgendein Zusammensein in Gesellschaft anzugeben, bei dem es die Nacht durchgegangen sei. Diese Nächte auf Esches Bude waren für Kaja der Inbegriff des Liebesglückes. Esche junior hatte ihr bald ein prachtvolles und kostbares Neglige gekauft, so daß sie sich immer gleich um-ziehen konnte. Man war dann in der Lage, sich zwangloser und bequemer zu nicken, sich zu laghalgen und auszutollen. Bald hatten sie öfters das Verlangen, miteinander auf der Bude zu sein, als Kaja zu Hause die ganze Nacht wegbleiben konnte und so bildete sich bei ihnen die Gewohnheit heraus, schon am späten Nachmittag auf die Bude zu gehen, und bis gegen elf Uhr zu bleiben. Auch für solche Fälle heidete sich Kaja um, weil sie nicht nur Esche, sondern sich auch selbst im Neglige gefiel. Kam es dann vor, daß Esche plötzlich von einem seiner Kommilitonen besucht wurde, so verschwand sie schnell nach seinem Schlafzimmern, warf sich auf sein Bett und träumte von ihrem Liebesglück, bis er seinen Besuch wieder hinausdu-jert hatte.

Da die Bude einen separaten Eingang hatte, erhielt Kaja bald einen Schlüssel und die ausdrückliche Erlaubnis, tagsüber auch wenn Esche nicht zu Hause sei, sich auf der Bude aufhalten zu können und es sich dort bequem zu machen. Das tat sie oft und gern. Hatte sie einmal keine Lust, nach dem Institut zu gehen, warf sie sich auf das Liege Sofa und las einen der Romane, die Esche für sie bereit gelegt hatte. Es waren Bücher von Kellermann, Schnitzler, Mann, Hartleben, Subermann, d'Annunzio, Zola, Wilde, Maupassant, Balzac, Bang und Tolstoi.

(Fortsetzung folgt.)

Mittwoch, den 22. Juli 1925,  
abends 7 1/2 Uhr, Hubertusallee,  
Friedrich-Wilhelm-Straße.

# Mitglieder-Generalversammlung

Partei- und Gewerkschaftsbuch  
muss als Ausweis mitgebracht  
werden.

Alle Politischen und organisatorischen Leiter müssen bereits um 6 Uhr zu einer außerordentlich wichtigen Sitzung erscheinen.

## Lokales

### Mit Hochdruck an die Arbeit

Diese Woche befristet sich der Reichstag mit dem Scheitern des Amnestiegesetzes der Regierung. Wenn diese Schand-Amnestie verabschiedet werden soll, müssen diese Woche in Deutschland noch Millionen Unterschriften gesammelt werden. In Schlesien müssen es mindestens 100.000 werden. Darum haben diese Woche alle, die die Befreiung der politischen Gefangenen ernstlich wollen, Unterschriften zu sammeln. Kein Betrieb, kein Haus, und kein Verkehrslokal darf übergangen werden. Darüber hinaus sind in jedem Betrieb, Gewerkschaft oder Arbeiterverein Resolutionen für die Vollamnestie anzunehmen.

Gerast mit den politischen Gefangenen!

### Ein unerhörtes Klassenurteil gegen die Genossen Ehepaar Radlewski

Die Genossin sowie der Genosse Radlewski wurden im März dieses Jahres wegen Vergehen gegen das Gesetz zum Schutz der Republik zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Am 20. Juli 1925 fand nun die Berufungsverhandlung vor der Breslauer Strafkammer statt.

Den Genossen wurde zur Last gelegt, daß sie während der illegalen Zeit von ihrer Wohnung aus das Material der kommunistischen Partei verhandelt hätten. Zufällig wurde auch bei ihnen anlässlich einer Hausdurchsuchung solches gefunden. Die Genossin und Genosse Radlewski durchwegs glaubwürdig darstellten, und ihnen diese Partei lediglich zur Aufbewahrung übergeben worden, ohne daß sie wüßten, was es überhaupt in denselben vorhanden war. Die Aussagen der geladenen Kriminalbeamten gaben auch keinerlei Anhaltspunkte, durch die das Gegenteil bewiesen werden könnte. Trotzdem stellte der Staatsanwalt den Antrag, die Genossin Radlewski zu 9 Monaten zu verurteilen und es bei der Strafe von 6 Monaten für den Genossen Radlewski zu belassen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Simon, wies eindringlich darauf hin, daß das Verbot der kommunistischen Partei nicht rechtskräftig war. Er wies ferner darauf hin, daß im Falle einer Verurteilung die Massen das Urteil mit Recht als ein Klassenurteil auffassen werden. In seinem Schlusswort erklärte Genosse Radlewski, daß er sich bewußt sei, vor einem Klassengericht zu stehen, welches nur im Sinne der herrschenden Klasse urteilen könne. Bis zu seiner Verhaftung war er noch kein Kommunist, nachdem er aber im Kerker schamhaft, ist er einer geworden und wird es immer bleiben. Nach längerer Beratung wies das Gericht die Berufung der Staatsanwaltschaft, sowie der angeklagten Genossen festzunehmend zurück.

## Reinigung

In der Sonnabendnummer verbricht der Kautschukmann Bienenbaum (der Junke Heinrich) einen Zeitartikel, ursprünglich um den Kommunisten ein auszuwischen, weil sie schon wieder einmal ihre Partei reinigen und dabei (1) die Noilage der Arbeiterschaft vergessen. Nun, erstens sind wir garnicht gegen das Reinigen, wenn wir der Auffassung sind, daß wir damit der ganzen Arbeiterbewegung dienen und zweitens reinigen wir nur, damit eine volle Klarheit in der kommunistischen Partei herrscht, wie man am besten die Not der Arbeiterklasse überwindet.

Und ist allerdings bekannt, daß die SPD grundsätzlich nicht reinigt. Sa wimmelt es voll Angezeiger. Dauer, der bestohene Darmatjänger, vor einigen Wochen ausgeschlossen, ist wieder drin, Schidpel, der Zrubadour, der Schutzoll-Anhänger, genießt das Vertrauen der gesamten SPD, und Herr Max Sohn-Kreuz, Sachverständiger über Schutzollfragen in der SPD, spricht charakteristischerweise vor Breslauer Großhaufleuten (1), um ihnen zu beweisen, daß Brotzölle und Industriezölle unbedingt notwendig seien, zur Hebung der deutschen Wirtschaft. Schöne Kadetten hat die SPD in ihren Reihen. In der kommunistischen Partei werden die Arbeiter einen Führer, der für Schutzölle eintritt, schon längst einen Führer gegeben haben. Doch in der SPD ist das anders, der eine als „Volksmacht“-Redakteur spitzt den Bleistift und schreibt gegen die Schutzölle, der andere, der etwas davon versteht, küßt den Dolch schleifen, der den arbeitenden Massen in den Rücken gestoßen werden soll.

Es wird Zeit, daß die SPD-Arbeiter einen eisernen Besen nehmen. Wir Kommunisten werden schon dafür sorgen, daß in unserer Partei nur Klassenkämpfer Platz finden.

Bermittelt wird seit dem 2. Juli der Schuhmacherlehrling Albert Winkler, am 18. Nov. 1911 in Breslau geboren, Hirschstraße 30, wohnhaft gewesen. Er ist 1,50 Meter groß, hat blondes Haar, und blaue Augen. Bekleidet ist er mit grauer Hse, braunem Jacket, grüner Sportmütze und schwarzen Schnitzschuhen. Nachrichten über den Verbleib des Bemittelten erbittet die Kriminalpolizei, Schuhstraße 46, Zimmer 7.

## Parteiheft!

Sämtliche Dr- und Volleiter haben am Mittwoch, den 22. Juli, pünktlich 6 Uhr abends in der „Hubertusallee“ Friedrich-Wilhelmstraße, zu erscheinen.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Sufarator: Artur Müller, Breslau. Verlag: Schlesiische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Wenzig-Berlin, Studereiffstraße Breslau.

## Parteiveranstaltungen

Breslau, Mitglieder-Generalversammlung am Mittwoch, den 22. Juli, ab 7.30 Uhr, Hubertusallee, Friedrich-Wilhelm-Straße. Partei- und Gewerkschaftsbuch als Ausweis mitbringen. Alle Pol- und Org. Leiter müssen am Mittwoch, den 22. Juli, abends 6 Uhr in der Hubertusallee erscheinen. Keiner darf fehlen.  
- Partei Nord, Parteiverammlung am Freitag, den 21. Juli, abends 7.30 Uhr bei Freyer, Michaelstraße, 3. Wichtige Tagesordnung.  
- Partei Nord, Quartier-Arbeitsstelle für den 2. August (Kater Tag): Fritz Daniel, Belnstraße 60.  
Altwasser, Jugendgruppenleiter rechnen bis 28. Juli ab.

## Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau, Die Genossen (innen) beteiligen sich am Mittwoch an der Partei-Mitglieder-Versammlung. Treffen am „Minortenhof“.  
- Probe für den proletarischen Abend am Donnerstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr, im „Minortenhof“.

## Gewerkschaftsfraktionen / Zellen

Breslau, Sämtliche SPD-Mitglieder im Nord treffen sich am Dienstag, den 21. Juli, abends 7.30 Uhr bei Freyer, Michaelstraße 3. Parteibuch legitimieren.

## Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau, Gruppe Süd, Gruppenversammlung am Dienstag, abends 7 Uhr bei Freyer, Michaelstraße, 3. Jungfranz ebenfalls.  
Bunzlau, Roter Frontkämpfer-Tag am 28. Juli.

## Bersammlungsanzeigen

Kole Hilfe, Bezirk Schlesien, Birkhäuser: Breslau 1, Hauptstr. 7, Telefon Nr. 6888, Dr. Rudolf Belle.  
- Altwasser, Alle Mitmenschen für die Generalamnestie der politischen Gefangenen haben diese, versehen mit Unterschriften an das Komitee sofort zurückzugeben.  
Breslau, 2-1 und 2-2 Gruppe Breslau, Kombinierte Funktionärssitzung am Dienstag, abends 7.30 Uhr bei Rischger, Gartenstr. 46.

## Kein Haar-Ausfall ohne Haarkrankheiten!

Wie viele Sorgen schließt dieses Wort in sich! Wie viele Haarwässer haben Sie schon wahllos angewandt, ohne daß Sie den geringsten Erfolg sahen. Kein Wunder, wenn Sie jedes Vertrauen in die zahlreich angepriesenen Haarwässer verloren haben.  
**Wir wollen Ihnen helfen!**  
Senden Sie uns sofort einige ausgekämmte Haare zur kostenlosen mikroskopischen Untersuchung ein. Auf Grund des wissenschaftlichen Befundes sagen wir Ihnen dann, wie das Haar rational gepflegt werden muß, um in Zukunft einem weiteren Haarausfall vorzubeugen. Schreiben Sie noch heute an Dr. med. Campe, G. m. b. H., Magdeburg-Neustadt.

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Telephon Ring 2345

---

Täglich 8 Uhr:  
**Gesamtgastspiel**  
des  
**Wiener Ronacher-Theaters**

**Hallo!  
Hallo!**

Große  
Ausstattungs-Revue  
in 14 Bildern

**Selma Siegel's Putzgeschäft**  
Altwasser, Breslauerstr. 42  
Räumungs-Verkauf in  
Damen-, Kinder- u. Seidenhüten

**Heinrich Sindermann**  
Altwasser  
Weiß-, Woll- u. Schnittwaren

**F. Franzle Nachf.**  
Inhaber Geister  
Schneiderei, Langstraße 11  
Vogelstutter-Spezialgeschäft  
Vogel- u. Fischezucht-Geräte  
Kolonial- u. Feinlebenswaren

**Rasiermesser, Säheren  
Haarschneidemaschinen**  
sowie  
Brot- und Fleischmaschinen  
werden ja aber geschliffen

**Hohlbleiferei Sonnenstr. 36**

**Zickelfelle**  
sowie alle anderen Arten  
Häute und Felle, Haare u.  
Wolle usw. kauft zu aller-  
höchsten Tagespreisen

**H. Freudenberg**  
Häute und Felle  
Breslau I, Kupferschmiedestr. 54  
Eing. Lange Holzgasse Tel. 0416 9146

**GIPEGO**  
Fahrräder  
Vertreter  
**Josef Häbler**  
Striegau, Gräbenstraße 115

**Berufslederjacken**  
Leder-hüte  
Mützen- und  
Radlerkappen  
billigste Preise

**Gebr. Tischler**  
Weidenstraße 4 // Tel. R. 3430

**Gut möbliertes Zimmer**  
evtl. mit Küchen-Benutzung  
für Ehepaar im Süden per  
sofort zu vermieten.  
Angebote unter A. M. 1500  
an die Expedition d. Zeitung

---

**Weinbrand-Terzschell 38 40 % Liter 3.00**  
best Qualität 3.50  
**Jamaika-Rum-Terzschell Liter 3.10**  
best Qualität 3.60  
best Qualität 4.00

**Carl Lorenz, Blücherstraße 21**  
Kolonialwaren und Destillation

**Rheumatismus**  
Ein einziges wunderbares Mittel teile gern jedem betroffenen mit  
**Rud. Rinne**  
Sassnitz R 806

---

**Ein Wort an die Frauenwelt!**  
Fort mit allen verdächtigsten Mitteln, die Sie sich verschaffen durch viele, sprach- hochkomplizierte Anpreisungen. Meine Art ist wirkungsvoll, sicher, preiswert, und Sie sind sicher. Auch in hartnäckigsten Fällen überträgt sich die Wirkung schon in wenigen Stunden. Keine Nebenwirkungen, Vollkommen unbeschädigt, Garantie. Viele Proben sind bei Dr. Rinne in der Nachschube.

**Frau Erna Kell**  
Hamburg 112,  
Neue Straße 24

Teilen Sie mir mit, wie Sie sich bei der Anwendung des Mittels verhalten. Auch Sie werden mir dankbar sein.

**Was bringen die Zölle?**

**10 Haupt-Argumente der Großagrarien**  
Für die Schutz-Zölle

**10 Antworten des werktätigen Volkes**

Preis 20 Pfennig

Bestellungen sofort an  
**ProL Literatur-Vertriebsstelle**  
Max Zischner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

**Extra billige Restetage**

Die vom Saison-Ausverkauf angehäuften Reste und Einzelstücke aus allen Abteilungen bringen wir zu noch nie dagewesenen Preisen zum Verkauf

**5 Beispiele**  
beweisen, daß wir diesmal etwas ganz Besonderes bieten

1 Posten	<b>Züchen-Reste</b> kariert, alles gute Qualitäten	76 Pf.
1 Posten	<b>Musseline-Reste</b>	50 Pf.
1 Posten	<b>Kleiderschotten-Reste</b>	68 Pf.
1 Posten	<b>Kleiderfrotte-Reste</b> guter Voll-Frotte, kariert schwere Ware	1.35
1 Posten	<b>Rockstoff-Reste</b> darunter schwere, gute Qualität	98 Pf.

**Extra-Angebot**  
**Schlafdecken** Stück 1.25

1 Posten  
**Damen-Schlüpfer** Stck. 95 Pf.

Alle anderen Waren haben wir im Preise bedeutend ermäßigt

**Wiemohaus**  
Reuschestraße 20/21

# Bulletin des X. Parteitages der KPD.

Nummer 7

Redaktion: Landtag, Zimmer 21  
Telefon: Amt Zentrum 0042

Herausgeber: Zentrale der KPD.

## Die KPD. und die Organisation ihrer Arbeit.

### Weitere Begrüßungstelegramme.

Vorsitzender P i e t verliest folgende Telegramme:

#### Telegramm von Klara Zetkin.

„Begrüße Parteitag, spreche Ermärkung aus, daß Parteitag bester eintreff, daß politische Linie Komintern von Partei ehrlich und entschlossen durchgeführt wird, ohne begangene Fehler zu beschönigen. Nötigenfalls, alle bewährten wirklich kommunistischen Kräfte zusammenzufassen, um deutsches Proletariat unter Banner Komintern zum Siege zu führen. Klara Zetkin.“ (Großer Beifall.)

#### Telegramm vom Roten Frontkämpferbund, Sektion Marine-Hamburg.

„Der RFB, Sektion Marine-Hamburg, übersendet den Delegierten proletarische Grüße. Möge auch der 10. Parteitag ein Baustein der Weltrevolution sein. gez. Lehmann.“ (Rufe: Bravo!)

#### Telegramm von den Funktionären der Ortsgruppe Limbach.

„Die Funktionäre von Limbach wünschen dem Parteitage der Bolschewisierung die besten Erfolge. KPD, Ortsgruppe Limbach.“ (Bravo!)

### Statistische Zusammenstellung

#### über die 170 Delegierten des X. Parteitages der KPD.

Soziale Herkunft: Proletarier 142, Kleinbürger 19, Land 8, Intellektuelle 1.

Wie lange politisch organisiert? Vor Kriegsausbruch 95, seit der Kriegszeit 28, seit der Nachkriegszeit 45.

Von den 170 Delegierten waren in der SPD 117 organisiert, in der USPD 109, in der KPD seit sieben Jahren 21, seit sechs Jahren 32, seit fünf Jahren 86, seit vier Jahren 16, seit drei Jahren 6, seit zwei Jahren 4, seit einem Jahre 1.

Von den 170 Delegierten haben 159 Angaben über Gewerkschaftszugehörigkeit gemacht. 147 sind freigewerkschaftlich organisiert, und zwar in folgenden Industriegruppen: Bau und Handel 7, Bau 11, Bekleidung und Textil 13, Chemie 5, freie Berufe 2, großhändisches Gewerbe 8, Holz 14, Nahrungs- und Genussmittel 2, Leder 4, Metallarbeiter 73, Staat und Gemeinde 4, Verkehr 12, Bergbau und Salinen 8, ausgeschloffen aus den Gewerkschaften 8, selbständig 2, Ehefrauen 2, fehlende Angaben 11.

Aus Betrieben mit einer Belegschaft von: bis 100 Mann 41, von 100 bis 500 Mann 19, über 500 Mann 10, über 1000 Mann 1, über 1500 Mann 7, arbeitslos 4, Notstandsarbeiter 3, Parteiangehörige 44.

Alter der Delegierten: Das Durchschnittsalter ist 34 Jahre. 20 Jahre alt 1 Delegierter, 22 Jahre alt 2, 23 Jahre alt 4, 24 Jahre alt 2, 25 Jahre alt 5, 26 Jahre alt 7, 27 Jahre alt 5, 28 Jahre alt 7, 29 Jahre alt 11, 30 Jahre alt 9, 31 Jahre alt 15, 32 Jahre alt 12, 33 Jahre alt 5, 34 Jahre alt 6, 35 Jahre alt 9, 36 Jahre alt 8, 37 Jahre alt 7, 38 Jahre alt 4, 39 Jahre alt 12, 40 Jahre alt 4, 41 Jahre alt 6, 42 Jahre alt 1, 43 Jahre alt 3, 44 Jahre alt 5, 45 Jahre alt 1, 46 Jahre alt 1, 47 Jahre alt 1, 48 Jahre alt 2, 49 Jahre alt 3, 50 Jahre alt 3, 60 Jahre alt 1.

### 3. Verhandlungstag. Vormittagsführung.

#### Referent Gesche, Zentrale: Die Organisation der Revolution.

Genossen, Genossinnen! In keiner Situation ist der deutschen Arbeiterklasse so demonstriert worden, was ihr fehlt, als in den Tagen des Januar 1919, als die Massen im Tiergarten demonstrierend warteten auf die Führer, die in den einzelnen Zimmern saßen und berieten. Das ist der große Fehler in der deutschen Revolution — die Warte — die langsame, zu unbewusste Schaffung einer bolschewistischen Partei.

Die Situation, in der Lenin die Partei der Bolschewiki gründete beschreibt er in seinem Buche „Was tun?“

Wir alle mühten schmerzlich, auszuweichen unter dem Bewußtsein, daß wir die Revolution nicht in einem historischen Augenblick, wo man unter Abänderung eines bekannten Ausspruchs sagen könnte: Geht uns eine Organisation von Revolutionären — und wir werden Rußland aus den Angeln heben!

Das hat die deutsche Arbeiterklasse auch 1918 und 1919 tun können: Geht uns eine Organisation, wir werden und tun mit dieser Organisation Deutschland aus den Angeln heben!

Wir müssen uns vor Augen halten, was ist die kommunistische Partei, die nun entstanden ist, was soll sie sein und wie ist das Verhältnis von Partei und Klasse, wie müssen die beiden Parteien und Klasse auseinandergehalten werden?

Die Leitfrage über

die Rolle der kommunistischen Partei

In der proletarischen Revolution werden unter Absatz 1 in Lenin's Organisationsfragen — stehen. Es heißt da:

Die kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse, und zwar der sozialdemokratischen Klassenbewusstseins und

dem Wege der natürlichen Auslese der besten, Klassenbewußtesten, opferwilligsten, weitsichtigsten Arbeiter geschaffen. Die kommunistische Partei hat keine von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse abweichenden Interessen. Die kommunistische Partei unterscheidet sich von der gesamten Arbeiterklasse dadurch, daß sie eine Übersicht über den ganzen historischen Weg der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit hat und bestrebt ist, auf allen Stufen dieses Weges nicht die Interessen einzelner Gruppen oder einzelner Berufe zu vertreten, sondern die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. Die kommunistische Partei ist der organisatorisch-politische Hebel, mit dessen Hilfe der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die gesamte Masse des Proletariats und des Halbproletariats auf den richtigen Weg lenkt.

Die Mitglieder der christlichen und liberalen Gewerkschaften, genau so wie große Teile der sozialdemokratischen Partei, die Mitglieder der Organisation des USPD, sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Unter gewissen historischen Verhältnissen ist es sehr wohl möglich, daß die Arbeiterklasse von sehr zahlreichen reaktionären Schichten durchschossen ist. Die Aufgabe der Kommunisten besteht nicht in der Anpassung an diese zurückgebliebenen Teile der Arbeiterklasse, sondern darin, die gesamte Arbeiterklasse bis zum Niveau eines kommunistischen Vortrupps zu heben. Die Verwechslung der beiden Begriffe Partei und Klasse kann zu den größten Fehlern und zu den größten Konfusionen führen.

Wenn wir uns diese Aufgabe der kommunistischen Partei vor Augen halten, dann müssen wir uns auch wieder über die Lehre Lenin's über die Partei und die wichtigsten Grundlagen vergewissern. Auf dem II. Kongress der Komintern sagte Lenin:

„Eine politische Partei kann nur die Minderheit der Klasse umfassen, wie auch die wirklich Klassenbewußtesten Arbeiter in jeder kapitalistischen Gesellschaft nur die Minderheiten aller Arbeiter bilden. Deshalb sind wir gezwungen, anzuerkennen, daß die große Arbeitermasse nur von der bewußtesten Minderheit geführt und geleitet werden kann. Wenn diese Minderheit wirklich Klassenbewußt ist und die Massen zu führen versteht, wenn sie auf alle Fragen Antwort geben kann, die auf der Tagesordnung stehen, dann ist sie eigentlich eine Partei. Wenn die Minderheit nicht versteht, die Massen zu leiten, sich mit den Massen in Verbindung zu bringen, dann ist sie keine Partei, dann ist sie nichts wert, auch wenn sie sich Partei nennt.“

In den „Kinderkrankheiten“ sagt Lenin, daß die Partei die höchste Form der Klassenvereinigung des Proletariats ist, und daß sie alle anderen Formen der proletarischen und halbproletarischen Organisationen leiten und an ihrem Kampf in aktiver Weise teilnehmen muß.

Wenn wir uns die Aufgaben vor Augen halten, die wir als Organisation zu erfüllen haben, und das, was wir erfüllt haben und dann eine Parallele ziehen zu der Organisation, aus der wir zum großen Teile alle hervorgegangen sind, zur SPD, dann werden wir einen Satz von mir zustimmen müssen, der vielleicht etwas trüb ist, dem Satz: Neben ist nichts, organisieren ist alles. Die sozialdemokratische Partei redet zwar sehr viel, aber sie organisiert noch viel mehr. Ich erinnere nur an 1918, dort organisierte die SPD die Passivität der Arbeiter und die Konterrevolution der Bourgeoisie. Es kann doch jeder von uns Hände von dieser Organisation der Passivität erzählen.

#### Ursachen der Antibonzenstimmung.

Die Hauptaufgabe der SPD, ihre ganze Tätigkeit besteht darin, eine revolutionäre Organisation als Massenorganisation zu betreiben, die Beteiligung der Massen an der Politik auszufächeln. Die Massen sind bei der SPD nur Stimmgabel und Beitzagzahl. Die Politik der SPD wird gemacht von den Parlamentariern, von den Parteiführern, von den Ministern, von den Regierungsbeamten, den Gewerkschaftsführern, Genossenschaftsanwälten, Krankenkassenanwaltschaften usw., also sie ist ein Privilegium einer kleinen Oberschicht in der SPD.

Unsere Aufgabe muß es sein, das Mißtrauen der Arbeiter, das noch vorhanden ist, zu überwinden, ihnen wieder Vertrauen zu sich selbst und zu ihrer Partei, der KPD, zu geben. Wir haben in unseren eigenen Reihen noch starke Überreste der alten sozialdemokratischen Auffassung über die Partei. Einmal haben wir die Ablehnung der sozialdemokratischen Politik mit gleichzeitiger Ablehnung der Partei. Wir haben auch — und zwar daraus geboren — Antipathie, antibonzenistische Stimmung. Wir haben Partikularismus als falsch verstandene Parteidemokratie, und wir haben zum anderen die schematische Übertragung der sozialdemokratischen Organisationsmethoden auf die revolutionäre Partei. Das sind noch Überbleibsel des Sozialdemokratismus in unserer Partei.

Ihre Aufgabe ist es, die Politik zu einer Anwartschaft der Massen zu machen, d. h. die Politik zu organisieren. Aber wenn wir die Politik organisieren, dann müssen wir uns auch schützen vor der Überflutung durch die privilegierten Schichten, die mit den Massen nur gehen, um zu verhindern, daß die Massen die Politik organisieren können, ohne auf diese Führer zu hören.

#### Die 21 Bedingungen.

Wir kommen da zu einem Punkt, der für uns eine besondere Bedeutung hat. Ich meine die 21 Bedingungen, die wir auch heute wieder in den Vordergrund schieben müssen. Und wenn diese 21 Bedingungen als eine Sicherheit für den Arbeiter angesehen werden, so sagen wir den Arbeitern: Kein Arbeiter soll und darf sich abdrücken lassen durch diese Bedingungen. Sie stellen nur sicher, daß sie an der Politik mitbeteiligt sind und nicht als Objekt der Politik im Interesse der Bourgeoisie behandelt werden. Die 21 Bedingungen haben den Sinn, die Politik aus den Geheimnissen der Regierungen und der Ausschüsse der Parlamente wieder herauszuholen und zu einer Anwartschaft der breiten Massen der Arbeiter und Kleinbauern und der übrigen Werktätigen zu machen. Wir müssen den sozialdemokratischen Arbeitern ganz klar, ganz rückichtslos ganz offen und brutal sagen, daß wir die Partei des kommunistischen Manifestes sind. Alle revolutionären Erfahrungen, das können und müssen wir den sozialdemokratischen Arbeitern sagen, sind nur durch unsere Partei gemacht worden, sind nur von unserer Partei ausgemacht worden.

Wir wollen uns noch einmal kurz beschäftigen mit den 21 Bedingungen selbst. Wenn man sich einer der Genossen diese

wenn man darauf aufmerksam macht, wie mit diesen 21 Bedingungen gearbeitet werden soll. Da steht im Punkt 1:

Die gesamte Propaganda und Agitation muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und den Beschlüssen der kommunistischen Internationale entsprechen. Alle Propaganda der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden, die ihre Hingebungen zur Sache des Proletariats bewiesen haben. Von der Literatur des Proletariats darf nicht einfach wie von einer landläufigen eingepaukten Formel gesprochen werden, sondern sie muß so propagiert werden, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, Arbeiterin, Soldaten und Bauern verständlich wird, aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unferer Presse sukzessive beobachtet und Tag für Tag ausgenützt werden müssen.

Dieser eine Absatz des ersten Punktes der 21 Bedingungen sagt ganz klar, daß die Partei keinerlei Geheimpolitik treiben kann, sondern, daß sie getragen sein muß bei allen Aktionen von der Zustimmung, dem Willen und der tatkräftigen Unterstützung der ausgebeuteten Massen. Damit ist zu gleicher Zeit auch ganz klar gegeben, daß alle Führer aus der Arbeiterbewegung ausgeschaltet werden müssen, die sich bewußt oder unbewußt in den Dienst der Bourgeoisie stellen, wie es im zweiten Punkt heißt: Der zweite Punkt lautet:

Jede Organisation, die sich der kommunistischen Internationale anschließen will, muß regelrecht und planmäßig aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung, Parteiorganisationen, Rebaktionen, Gewerkschaften, Parlamentarieraktionen, Genossenschaften, Kommunalverwaltungen, die reformistischen und Zentrumsleute entfernen und sie durch bewährte Kommunisten ersetzen, ohne sich daran zu stoßen, daß besonders im Hinblick auf die Stelle von „erfahrenen“ Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen.“

Das wird jedem sozialdemokratischen Arbeiter einleuchten. Was haben sie in dem USPD und der SPD? Sie haben eine Monarchie prima Qualität. Und gegen diese Monarchie sind die Arbeiter an und für sich eingeteilt. Sie können es nicht verstehen, was ihnen diese Monarchie alles beschert haben. Da ist es leicht möglich, daß sie in eine Antibonzenstimmung verfallen. Aber auf der anderen Seite sagen sie, der hat einmal einen Schwupper gemacht, aber er kennt doch die ganze Materie. Und wie kann ein Arbeiter in das Reichsparlament kommen? Das muß doch Wilhelm Pieck machen, der kennt es schon lange, der kennt die ganze Materie und da können wir keinen Arbeiter aus den Betrieben hinein nehmen, denn er ist nicht in die Materie hineinarbeitet, wird er von den Bürgerlichen, den Sozialdemokraten und Sozialdemokraten eintützig über den Köffel barbieri.

Die Arbeiter werden, wenn wir ihnen vor Augen halten, daß in der kommunistischen Partei durch die Arbeitermassen, die die kommunistische Partei wählen, Arbeiter aus den Betrieben in diese Parlamente kommen, begreifen, daß diese erfahrenen Opportunisten beseitigt werden können, ja, ersetzt werden müssen durch einfache Arbeiter aus den Betrieben. Und deshalb ist der Punkt 2 der 21 Bedingungen bei und für unsere Agitation von großem Wert und muß von uns auf jeden Fall mehr ausgenützt werden als bisher.

Jedem Arbeiter können gegen diesen Punkt nicht sein und werden es nicht sein.

#### Der SPD-Parlamentarismus.

Wir sehen sehr die Geschichte im sächsischen Landtag und wir wollen uns hier den Beschluß des Parteitag's der SPD vom 27. November 1924 vor Augen halten, wo es heißt:

„Die Landtagsfraktionen der Partei haben in allen Landesparlamenten auf dem Boden der Landesvereinschaft selbständig unter eigener Verantwortung sozialdemokratische Politik zu treiben. Beschlüsse von Parteiorganisationen oder Landesinstanzen der Partei haben für die Landtagsfraktionen die Bedeutung parteigenösslicher Vorschläge und Gutachten, deren Würdigung und Berücksichtigung bei der endgültigen Entscheidung dem pflichtgemäßen freien Ermessen der Landtagsfraktionen unterliegt.“

Wunderbar, wie diese Geschichte umschrieben wird! Und in diesem Sinne sind ja auch die Differenzen mit der sächsischen Opposition der linken Sozialdemokratie erledigt worden. Wir wollen uns nur den ersten Punkt dieser Vereinbarungen vor Augen halten:

Ministerwahlen und sonstige parlamentarisch-politische Fragen in den einzelnen Ländern trifft die zuständige Landtagsfraktion.

Und der zweite Punkt sagt:

„Wenn es technisch irgendwie durchführbar ist, sind die Landtagsfraktionen verpflichtet, vor ihrer Entscheidung über grundlegende wichtige Fragen eine Beschlusfassung der Landesinstanzen herbeizuführen.“

Wie laut dieses Kompromiß des Parteivorstandes der SPD mit der Opposition in Sachsen ist, geht daraus hervor, daß Wittmann betont, daß es technisch nicht möglich ist, vorher eine Beschlusfassung mit der Landtagsfraktion herbeizuführen. Ich verweise auf den „Vorwärts“ vom 9. Januar, der folgende prinzipielle Stellungnahme veröffentlicht:

Die Stellung der Partei ist durch das parlamentarische System eine wesentlich andere geworden als sie es vordem war. Nach der Reichsverfassung und den Landesverfassungen obliegt den Parlamenten jetzt die Bildung der Regierungen im Reich und in den Ländern. Die Legislative bestimmt jetzt die Exekutive, die früher von oben eingesetzt wurde. Die Parlamentarieraktionen der einzelnen Parteien haben dadurch eine Funktion im Staats- und Verfassungsleben zugewiesen erhalten, die notwendig auch ihre Stellung in der Organisation der Partei verändern mußte. Diese Veränderung besteht vor allem in einer größeren Selbständigkeit im Handeln auf eigene Verantwortung. Beim Abgang der Un- oder Neubildungen von Regierungen muß meist schnell gehandelt werden, so daß die vorherige Beratung größerer Parteiverträtungsversammlungen unmöglich ist.“

Also die SPD sagt, die Mitglieder, die kommen ja gut sachlich gehört werden, wenn der Parteitag schon geschlossen ist. Wer kann den Boden schmeißen? Das kann nur die Fraktion machen. Mit wem? Da es technisch meistens nicht möglich ist, sich mit dem Reichstag in Verbindung zu setzen, so wird

ne das selbst beurteilen. Das charakterisiert am besten die Organisation jener Partei.

### Die Führerfrage in der SPD.

Die SPD-Presse, die Broschüre von ADGW und SPD machen uns den Vorwurf der dauernden Abhängigkeit der Führer. Glaubt das zu den unbedingten Kennzeichen der Kommunistischen Partei? Keineswegs. Wir können dabei verweisen auf die einstige kommunistische Partei, die SPD. Da sind diese bürokratischen Führer schon seit zwei Jahrzehnten am Ruder. Aber bei uns bildet sich erst der Führerkader. Wir müssen uns aufwärts entwickeln, wie die Partei, so der Führerkader in erster Linie.

Dieser Wechsel der Führer hat zwei Seiten. Auf der einen Seite liegt die Stärke der Organisation, die beruht auf dem Weg zur Herstellung einer grundsätzlichen Partei ist, zugleich liegt er auf der anderen Seite die Schwäche der kommunistischen Partei. Der Partei ist es noch nicht gelungen, ihre Arbeit so zu organisieren, daß die ständige Führung zwischen den Arbeitern im Betrieb und jeder Zeitung bis zur Zentrale, bis zur Exekutive der Komintern so vorhanden ist, daß eine Selbstkritik unbedingt gewährleistet ist, daß jeder Fehler bei der Arbeit in der Masse sofort korrigiert wird.

Aber wo findet der Arbeiter dieses Prinzip verkörpert?

### Der organisatorische Aufbau.

Die kommunistische Partei kann nicht nur durch andere Ziele von der SPD unterschieden sein, sie muß durch ihren organisatorischen Aufbau und durch die Organisation ihrer Arbeit immer weitere Kreise der Arbeiter und Kleinbauern und der übrigen werktätigen Schichten für die Teilnahme an den Aktionen der Partei gewinnen und immer stärker ideologisch, organisatorisch, für die Dauer an die Partei fesseln. Insofern sind die organisatorischen Maßnahmen und die organisatorischen Prinzipien der Partei eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft, also nicht nur der Mitgliedschaft der kommunistischen Partei überhaupt. Und wir sollen es verstehen, in diesem Punkt, in diesen Fragen die Arbeiter davon zu überzeugen, daß die kommunistische Partei die einzige Arbeiterpartei ist, die ihre Arbeit so organisiert ist, daß sie imstande ist, die Interessen der Arbeiter insoweit wirksam zu vertreten. Und hier wollen wir uns den Punkt 9 der 21 Bedingungen vor Augen halten. Gestattet mir, daß ich ihn kurz verlese.

„Rebe Partei, die der kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß ideologisch und beharrlich eine kommunistische Partei innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entstehen. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatronen und die Konterrevolution des Reiztums zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.“

Und im Punkt 5 wird gefordert von der systematischen und planmäßigen Agitation auf dem Lande.

„Es ist eine systematische und planmäßige Agitation auf dem ländlichen Lande notwendig. Die Arbeiterklasse vermag nicht zu liegen, wenn sie nicht die Landvolkpartei und wesentlichen ein Teil der armen Bauern hinter sich und die Verwirklichung eines Teiles der agrarischen Revolution durch ihre Politik gesichert hat. Die kommunistische Arbeit auf dem ländlichen Lande gewinnt an Bedeutung, wenn sie sich mit Hilfe der revolutionären kommunistischen Arbeiter der Stadt und des Landes gesichert werden, die mit dem ländlichen Lande Verbindung haben. Der Kampf auf diese Arbeit über deren Übergabe in unzulässiger Weise kommunistische Hände gleich einem Verzicht auf die proletarische Revolution.“

Und nun erinnere ich an den Punkt 4 der 21 Bedingungen, an die Pflicht zur Verbreitung kommunistischer Ideen, die besondere Berücksichtigung zu einer nachdrücklichen Propaganda über das von der Partei hinfort. So diese Agitation wird Ausnahmemaßnahmen unterbunden wird, da muß und da wurde sie von der Partei illegal geleistet. Das ist ja die Mut der Sozialdemokraten (Sehr richtig!), daß wir es verstanden haben, diese Arbeit illegal zu leisten, das ist der Beweis, daß die Partei sich entwickelt hat seit dem Falle des Parteitag. Denn das Groß der Partei besteht doch aus den Massen der ehemaligen NSD-Worker, die fühlten, wohin sie Strömung führen will und die wußten, daß die kommunistische Propaganda und Agitation überall hineingetragen werden muß.

Wir sollen unsere Agitation und Propaganda einstellen auf diese 21 Bedingungen, sollen mit diesen 21 Bedingungen noch mehr arbeiten als bisher.

Mit diesen 21 Bedingungen komme ich zu dem

### Statut der Partei.

Die muß das Statut ansehen? Es muß einen solchen Aufbau der Organisation gewährleisten, daß die Organisation imstande ist die Politik zu organisieren, den Massen die Politik nahezubringen und damit also die vorhandenen Kräfte nutzbringend für die Vorbereitung der Revolution anzuwenden.

Wie wird uns die ständige Verbindung mit den Arbeitern herbeiführen, damit wir sie nicht nur durch unsere Agitation bezeichnen, sondern zugleich Aktionen organisieren und führen können? Diese Frage wurde schon vor 20 Jahren von den Kommunisten beantwortet, daß die Arbeiterpartei in den wichtigsten Industrieunternehmen ihre Zellen haben muß.

### Die Betriebszellen.

Die kommunistische Internationale hat mehrfach die Umgestaltung der Parteiorganisationen auf Betriebszellen beschlossen. Wir haben in der Resolution zur Reorganisation der Partei, zur Frage des demokratischen Zentralismus, zur Frage der Organisation der Parteiarbeit auf der letzten Sitzung der Exekutiven Exekutive über die Frage der Reorganisation der kommunistischen Parteien, aus den Thesen des 3. Weltkongresses einen Passus, den ich nicht weiter zu verlesen brauche. Aber aus diesem 6. Teil der Thesen möchte ich noch folgendes herausnehmen. Da heißt es:

„Die wichtigste Voraussetzung der Selbstbestimmung ist eine richtige und Erhebung der Massen über die politische und wirtschaftliche Lage. Diese wichtige Voraussetzung ist die ständige Verbindung mit den Arbeitern herbeiführen, damit wir sie nicht nur durch unsere Agitation bezeichnen, sondern zugleich Aktionen organisieren und führen können? Diese Frage wurde schon vor 20 Jahren von den Kommunisten beantwortet, daß die Arbeiterpartei in den wichtigsten Industrieunternehmen ihre Zellen haben muß.“

Die Haupt- und Grundform der Organisation jeder kommunistischen Partei ist die Partei zelle im Betrieb. Das ist, von der Sozialdemokratie übernommene Organisationsform, nach dem die Partei auf der Grundlage der Wahlkreise in Rücksicht auf die Bedürfnisse der Parliamentswahlen aufgebaut wird, ist für die kommunistischen unannehmbar. Eine echte kommunistische Partei ist unmöglich, wenn die Organisation in ihrer Grundlage nicht auf den Betriebszellen beruht.“

Selbst Herr Jurek bekennt, daß die Zellenarbeit von vornherein eine Verhängnis des Klassenkampfes bedeutet. Das

muß die Parteimitgliedschaft ebenfalls begreifen. Im Prinzip sind keine Gegenstände vorhanden. Es fehlt aber an der Ueberwindung zwischen Theorie und Praxis.

Wir wollen nur ganz kurz feststellen, daß die Betriebszellen sich zu sehr, zum Teil ausschließlich mit Betriebsangelegenheiten beschäftigen und so wohl Jellen der Betriebe, aber nicht Jellen der Partei in den Betrieben sind.

Daß unsere Genossen nicht verstehen, ihre Betriebszellen zellen zu organisieren und aufzubauen, wie es im Interesse der Partei bzw. der Volkswirtschaft des Betriebes notwendig ist, dieser Fehler findet seinen Ausdruck darin, daß die Betriebszellenzeitungen z. T. nur ein Abklatsch der Tageszeitungen sind, zum anderen Teil nur Betriebsangelegenheiten erörtern. Man kann nicht die Tageszeitung durch die Betriebszellenzeitungen ersetzen, sondern man muß durch die Betriebszellenzeitungen die Arbeiter anregen nach der kommunistischen Tagespresse zu verlangen.

Wie können wir die Mängel in unserer Zellenarbeit beheben? Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten. Wir müssen einen großen Teil der Arbeit auf die Verbesserung und den Aufbau der Organisation, aber immer in der Arbeit unter den Massen verwenden. Zweitens müssen wir diese Arbeit darauf konzentrieren, daß wir planmäßig zuzupacken verlernen in den wichtigsten Industrieunternehmen, in den wichtigsten Betrieben der ausschlaggebenden Industrie, und besondere Genossen müssen mit Spezialaufgaben in dieser Hinsicht betraut werden. Drittens, unsere Presse muß in ihrem Ton und Inhalt vielmehr den Arbeitern und ihren Interessen in ihrem Betrieb angepaßt werden, der Betriebsrat ist noch sehr verbesserungsbedürftig. Viertens müssen wir die Arbeiterkorrespondenten mehr ausbilden. Die Diskussion aus den Betrieben in die Zeitungen verlegen und damit die Diskussion in den anderen Betrieben anregen und fördern. Dabei ist zu beachten, daß als Arbeiterkorrespondenten nicht bloß eingeschriebene Mitglieder der kommunistischen Partei fungieren sollen, sondern daß wir auch sozialdemokratische und parteilose Arbeiter anregen müssen, in unserer Presse zu schreiben über das, was den Arbeiter bewegt.

### Zelle und Zeitung.

Alle leitenden Parteifunktionäre, vor allem die Redakteure und Parteileiter müssen unbedingt einer Betriebszelle angegliedert werden. Ich glaube, die Redakteure werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich sage, daß es ihnen in erster Linie gut tut, mehr mit den Arbeitern im Betrieb in Verbindung zu kommen, denn nur dadurch wird das Gesicht der Zeitung so interessant, daß der Abonnentenstand der Presse gesteigert werden kann. Der Abonnentenstand der Presse kann nur dadurch gesteigert werden, wenn die Zeitung so aussieht, wie es Lenin im Jahre 1901 bereits schrieb:

„Die Rolle der Zeitung beschränkt sich nicht allein auf die Verbreitung politischer Ideen, nicht allein auf die Erziehung und Gewinnung politischer Bundesgenossen. Die Zeitung ist mehr als ein kollektiver Propagandist und ein kollektiver Agitator. — Sie ist auch ein kollektiver Organisator.“

Da verlangen unsere Redakteure. Das müssen wir bei aller Beobachtung vor den höchsten Qualitäten und Qualifikationen unserer Redakteure immer wieder sagen. Und kollektive Arbeit wird am besten geleistet, wenn sie sich verbindet mit den Arbeiterkorrespondenten aus den Betrieben.

Alle diese Möglichkeiten und alle diese Dinge, die ich hier beleuchtet habe, sind schon zum Teil durchgeführt worden, aber sie reichen doch nicht aus. Wir müssen einen Schritt weiter gehen, und die Zellen wirklich zur untersten Parteiorganisation machen, d. h. alle politischen Entscheidungen der Partei müssen von der Zelle bzw. von den Zellenbelegierten getroffen werden. Wenn Ihr den Entwurf zum Organisationsstatut zur Hand nehmt, so findet Ihr im Abschnitt IV „Die Zelle“, von § 12 bis § 15 die Feststellung, daß sich die Zellen bilden müssen als die wirklichen Träger der Parteiorganisation. Sie können nicht nur Hilfsorgane, sondern sie müssen die Hauptorgane sein, sie stehen nicht neben den Fraktionen, sie sind mehr als die Fraktion.

### Die Delegiertenversammlungen.

Wir werden uns hier aber auch beschäftigen müssen mit der Frage der Delegiertenversammlungen und der Funktionärerversammlung.

Da habt Ihr ja ebenfalls im Entwurf des Statuts und in der Resolution zum Statut mehrere Abjäre, die sich damit zu beschäftigen haben. Es heißt z. B. in der Resolution zur Reorganisation:

„Zur Information, zur Besprechung der Aufgaben der Partei und zur Einleitung der Arbeiten werden Funktionärerversammlungen durchgeführt, die jedoch kein Beschlußrecht haben.“

Die Delegiertenversammlung nun entspricht dem Prinzip, daß zunächst in den Zellen diskutiert wird. Entsprechend diesem Zellenbeschlusse werden dann Delegierte entsandt. Die Delegiertenversammlung gibt dann ein einmündiges Bild der Stimmung in den untersten Parteiorganen, sie faßt ihre Beschlüsse für die Ortsgruppe, das Arbeitsgebiet oder den Unterbezirk. Da jedoch wir schon den Unterschied gegenüber einer Funktionärerversammlung. Wenn die Funktionärerversammlung beschließt, so liegt eben nicht immer zugrunde ein Beschluß von Mitgliederversammlungen, sondern ein Beschluß, der sich konzentriert aus den individuellen Auffassungen der Parteifunktionäre. Es bildet sich eine Funktionärerschaft heraus, die in gewissen Zeiten von der Arbeit im Betriebe zu einem guten Teil losgelöst ist. Das liegt an der Zusammenziehung der Funktionärerversammlung. Und dabei ein kurzes Wort zu unseren Rechten. Die Rechten vertragen in den Reorganisationsmaßnahmen, als Literaturmänner usw., Einfluß auf die Politik zu gewinnen. Genossen aus Kleinbetrieben, die gar nicht über die Vorgänge in der Arbeiterbewegung orientiert sind, verlangen eine Rolle zu spielen, die ihnen nach ihrer politischen Einstellung nicht zukommt. Damit soll nichts gegen die einzelnen Genossen gesagt sein, aber eine Arbeiterpartei kann sich nicht von Rücksichten auf die persönliche Tätigkeit des einzelnen Parteigenossen leiten lassen, hier muß es ankommen auf die Verbundenheit mit der großen Masse der Arbeiter der wichtigsten Fabriken und Betriebe.

In diesem Zusammenhang müssen wir uns von dem Statutenentwurf vor Augen halten den Aufbau der Zeitung, der unter dem Abschnitt

### Aufbau der Partei

inbegriffen ist, wo bestimmt wird, daß die Zeitungen in ihrer Arbeit aus Vertretern von Betriebszellen bestehen müssen. Nach dem Aufbau der Partei ist es selbstverständlich, daß jeder Genosse einer Betriebszelle angehört, sie sollen von der Delegiertenversammlung als Vertreter ihrer Zelle gewählt werden, d. h. sobald sie aus der Zelle ausscheiden, scheiden sie damit auch aus der Zeitung aus. Auch diese engen Bindungen unmittelbar an die Zelle sollen der Krisenüberwindung entgegenwirken und zugleich dazu dienen, neue Kräfte heranzuziehen und zu schulen. Die direkte Verbindung der Zeitung mit den Betriebszellen wird dazu führen, daß diese zu Kapazitäten werden, die die anderen Zellen beauftragen und damit der Umbau der Organisation in der Partei beschleunigen helfen. Das unseren Genossen recht nahe zu bringen, das wird die Hauptaufgabe sein bei der Durchsicht des Statuts bei der Umgestaltung der Partei auf die Betriebszellen selbst.

### Zum demokratischen Zentralismus.

Sie haben seit dem Frankfurter Parteitag mit der Umgestaltung der Partei einige Erfahrungen gemacht. Diese Erfahrungen geben uns recht, es näher die Vertreter der Zellen an

die oberste Leitung der Partei herankommen, um so einheitlicher wird die Partei und um so leichter wird der wirtschaftliche demokratische Zentralismus, d. h. die Zentralisation der Leitung und Führung der Partei und die Dezentralisation der Durchführung der Parteiarbeit gewährleistet sein. Die Zentralisation ist kein Kommandobehältnis. Ich möchte noch die Erinnerung rufen die Thesen des III. Weltkongresses, wo es über den demokratischen Zentralismus heißt:

„Der demokratische Zentralismus in der kommunistischen Parteiorganisation soll eine wirkliche Einheit, Verschmelzung des Zentralismus in der proletarischen Demokratie sein.“

Diese Verschmelzung ist nur auf der Grundlage der ständigen gemeinsamen Tätigkeit, des ständigen gemeinschaftlichen Kampfes der Gesamtorganisation erreichbar. Der Zentralismus bedeutet keine formelle und mechanische Zentralisation, sondern eine Zentralisation der kommunistischen Tätigkeit, d. h. die Wirkung einer starken schlagfertigen und zugleich auch anpassungsfähigen Führung. Diese Punkte müssen wir uns besonders vor Augen halten und wollen uns noch vor Augen halten die Statuten der Komintern. Sie bestimmen die Merkmale des Zentralismus. Sie bestimmen folgendes:

„Während Anerkennung der Beschlüsse höherer Parteiorgane durch die unteren, strenge Parteidisziplin und schnelle und genaue Durchführung der Beschlüsse des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale und der leitenden Parteiorgane. Parteifragen werden von den Parteimitgliedern und Organisationen nur bis zu ihrer Entscheidung durch die entscheidenden Parteiorgane diskutiert. Nach Fassung eines Beschlusses auf dem Kongreß der Komintern, auf dem Parteitage oder durch die leitenden Parteiorgane muß dieser unbedingt durchgeführt werden, selbst dann, wenn ein Teil der Mitglieder oder der lokalen Organisationen mit einem solchen Beschluß nicht einverstanden ist.“

Das Wesen des Zentralismus also besteht in der Einheitlichkeit der Führung. Die zentralistische Disziplin bezweckt absolut in jeder einzelnen Frage, den Gesichtspunkt der Gesamtpartei höher zu stellen als die Auffassung irgendeines Teiles der Partei. Der Zentralismus ist viel weitgehender als bloße Unterordnung unter die Partei. Er umfaßt auch den Bereich der Körperschaftsdisziplin, die unbedingte Unterordnung jedes Kommunisten unter die Beschlüsse der Parteikörperschaft, in der er arbeitet.

Die Frage der Dezentralisation wird erst dann gelöst werden, wenn wir den § 2 unseres Statuts erfüllen können, wo wir den Hauptwert legen müssen darauf, daß Mitglieder einer grundlegenden Organisation ist, wer sich in dieser aktiv beteiligt, sich allen Beschlüssen unterordnet und regelmäßig die Mitgliedsbeiträge entrichtet. Es besteht also ein gewaltiger Unterschied zwischen unserem Statut und dem der SPD. Es ist ein Unterschied, wie er beispielsweise zwischen den Revolutionären Genossen und denen Martovs einklang vorhanden ist. Die Hauptbetonung ist zu legen auf das Arbeiten, auf das aktiv sich beteiligen, sich unterzuordnen, regelmäßig seine Arbeit verrichten.

### Jedes Mitglied Funktionär.

Und nun zur Durchführung der Arbeit der Partei. Der § 2 unseres Statuts sagt uns, worauf es bei der Organisation der Partei ankommt. Nämlich darauf, jedes Parteimitglied heranzuziehen und für das Gelingen der Arbeit mit verantwortlich zu machen. Durch die Verlegung des Schwerepunktes der Parteiarbeit in die Betriebe, durch die Reorganisation auf die Betriebszellen ist schon eine wesentliche Voraussetzung zur Heranziehung an die Arbeit gegeben. Natürlich können diese großen Prinzipien allein nicht genügen. Sie müssen als Grundlage ausgebaut werden. Es sind noch weitere Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Wir können uns nicht darauf verlassen, daß die Lösungen der Partei wirklich durchgeführt werden, wenn wir nicht im einzelnen planmäßig organisieren. Nehmen wir ein kurzes Beispiel. Die Kampagne gegen die Steuern, gegen den Zollwucher, gegen die Luther-Regierung. Was gehört dazu, um diese Kampagne wirklich durchzuführen? Wir brauchen erstens die Analyse der Lage und der Kräfte und dann die Lösung der Partei als politische Voraussetzung für die Kampagne. Wir brauchen zweitens den Arbeitsplan, wie die Kampagne durchgeführt werden muß, und wir brauchen drittens die Anwendung des Arbeitsplanes auf die konkreten Verhältnisse in den einzelnen Bezirken und Arbeitsgebieten bis hinunter in die einzelnen Zellen, in die einzelnen Betriebe, entsprechend den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Betrieben.

Wir brauchen zweitens die Ueberprüfung der Arbeit und Beichtigung derutage getretenen Mängel, sowie die Auswertung des Erfolges und der positiven Erfahrungen.

### Zum Arbeitsplan.

Der Fehler, daß wir unsere Lösungen zu wenig nachhaltig und zu wenig einheitlich vertreten liegt darin, daß wir der Spontaneität unserer Mitglieder zu viel vertrauen und zu wenig planmäßig vorbereiten. Erste Voraussetzung dafür ist natürlich die innerparteiliche Vorbereitung. Wir müssen zuerst damit machen, unseren Mitgliedern in Mitglieder- und Zellenversammlungen die allgemeine politische Lage zum hundertsten Mal vorzutragen. Diese Versammlungen müssen Arbeitsversammlungen werden, wo die Arbeitsverteilung für die nächste Zeit auf die einzelnen Betriebe festgelegt werden muß und wo die leitende Arbeit durchgebrochen wird. Diese Arbeiten sind dann weiter zu erörtern in den einzelnen Zellen, in jeder einzelnen Fraktion entsprechend dem Arbeitsplan des Orts, der einzelneits angepaßt sein muß dem Arbeitsplan des Unterbezirks, dieser wiederum muß im Einklang mit dem Arbeitsplan des Bezirks stehen und dieser Arbeitsplan des Bezirks muß im Zusammenhang mit dem durch die Zentrale herausgegebenen Arbeitsplan stehen.

Der zweite Teil des Arbeitsplanes umfaßt die Arbeit unter den Massen: Die Arbeit in Gewerkschaften, Betrieben, Genossenschaften, Kultur- und Sportorganisationen, unter den Frauen, der Jugend usw.

Der dritte Teil der gewöhnlich immer vergessen wird, betrifft die Berichterstattung.

Die Art des Arbeitsplanes birgt natürlich eine Gefahr, und zwar die Gefahr des Schematismus und der Erstarrung der einzelnen Initiative und Erfindung. Darum ist mit der Frage der planmäßigen Arbeit ohne weiteres der dritte Punkt verbunden, nämlich die Anwendung der planmäßigen Arbeit auf die konkreten Verhältnisse.

Es wird zu wenig Wert auf eine gute, von der Gesamtorganisation getragene Vorbereitung jeder Berichterstattung gelegt. Jede Berichterstattung ist eine Verankerung der Gesamtorganisation. So ist z. B. eine Metallarbeiterwahl nicht nur eine Sache, die die Metallarbeiter interessiert, sondern die gesamte Zelle, die gesamte Ortsgruppe, der gesamte Unterbezirk und Bezirk, unter Umständen die gesamte Partei sind an diesen Wahlen interessiert und haben die Kräfte aller Mitglieder für diese eine Aufgabe mit einzusetzen. Das geht bisher noch nicht in die Köpfe unserer Mitglieder hinein. Wir müssen den Mitgliedern beibringen, daß dies notwendig ist.

Es wird für unsere Redaktionen und Bezirksleitungen eine wichtige Arbeit und Aufgabe der nächsten Zeit sein, sich eine genaue Kenntnis der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Struktur ihres Gebietes zu verschaffen, damit sie von sich aus die Arbeit in dieser Richtung unterstützen können.